

Beschluss des Bundesausschusses der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) zur Werteerziehung vom 22. September 2007 in Frankfurt/Main

Im Zuge der fortschreitenden Globalisierung nimmt in unserer Gesellschaft die Verunsicherung der Menschen zu. Der rasante ökonomische, wissenschaftliche, technische und soziale Wandel, die Informationsflut, die Gleichzeitigkeit und Nähe des kulturell Verschiedenen erzeugt vielfältige Veränderungs- und Überforderungsgänge.

Die AfB fordert die Sozialdemokratie auf, diese Empfindungen der Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen. Sie muss Antworten finden, die das hohe Bedürfnis nach Werten, Orientierung und Identität befriedigen. Die SPD war und ist die Partei der Werte, die Partei der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität. Seit über 140 Jahren kämpft die SPD für die Ideen der Aufklärung und des Humanismus und hat wesentlich dazu beigetragen, diese als Wertegerüst in unserer Verfassung zu verankern. Die AfB fordert die SPD auf, sich dieser Tradition wieder stärker zu erinnern und die Wertediskussion aktiv voran zu treiben.

Den Konservativen dient sie nur als Instrument, um das Emanzipationsstreben der Menschen als „Werteverfall“ zu denunzieren. Ihr Ziel ist es, ihr überkommenes Gesellschaftsbild als dominierende „Leitkultur“ zu etablieren. Dem muss die SPD entgegen treten!

Die Behauptung eines allgemeinen Werteverfalls ist zudem bloße Ideologie. Trotz vieler beklagenswerter Entwicklungen wie der anschwellenden Intensität von Gewalt, kann von einem allgemeinen „Werteverfall“ in unserer Gesellschaft, insbesondere unter Jugendlichen, keinesfalls gesprochen werden. Sozialwissenschaftliche Untersuchungen wie die Shell-Studie weisen nach, dass sich die überwiegende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nach wie vor an dem orientiert, was das Grundgesetz an Grundwerten festschreibt.

Beängstigend ist allerdings die Werteerosion in den Führungsetagen der Wirtschaft. Dort ist etwa das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes im praktischen Handeln kaum mehr eine Orientierungsgröße. Je weniger jedoch die Zivilgesellschaft die zentralen Normen des Grundgesetzes bei den Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft wieder erkennt, desto mehr wird die Autorität unserer Verfassung und die der sie tragenden Werte leiden. Deshalb muss die SPD diesen „Werteverfall der Eliten“ anprangern!

Gesellschaftliche Werte sind nicht für die Ewigkeit konzipiert. Neue Lebenssituationen verlangen nach neuen Sichtweisen: Sozialer Wandel beinhaltet immer auch einen Wertewandel. Als Partei des sozialen Fortschritts ist die SPD aufgerufen, die gesellschaftlichen Werte immer wieder neu zu diskutieren und auf die Erfordernisse der Zeit zu beziehen. Ein dogmatisches Festhalten an überholten Vorstellungen wie bei den Konservativen, behindert diesen Prozess und blockiert die notwendigen gesellschaftlichen Neuerungen wie beispielsweise die einer Schule für alle.

Der gesellschaftliche Fortschritt hat jedoch immer auch eine Nachtseite. Auf ihr sammelt sich das Unbehagen an seinen Zumutungen - das Unbehagen am Verlust an Sicherheit, Gewissheit und Geborgenheit. Eine Ausdrucksform dieser Gegenmoderne ist der wachsende Fundamentalismus und Extremismus. Beide reklamieren für sich, im Besitz der allein richtigen Werte zu sein und stellen sich damit gegen die weltanschauliche Offenheit unseres Grundgesetzes. Aus ihrer historischen Erfahrung weiß die SPD, wie gefährlich es ist, im Namen der Toleranz Werte zu relativieren. In einer Demokratie sind Werte nicht beliebig, deshalb muss sich die Sozialdemokratie offensiv mit allen gesellschaftlichen Tendenzen auseinandersetzen, die die Werte von Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit bedrohen.

Risiken entstehen aber auch dort, wo das Unbehagen an den gegenwärtigen gesellschaftlichen Veränderungsprozessen eher diffus bleibt und seinen Ausdruck z.B. in einem resignativen, von Ressentiments geprägten Rückzug aus der Politik oder in der Hinwendung zu populistischen Strömungen findet. Hier ist die SPD aufgerufen, allen Bürgerinnen und Bürgern eine soziale Perspektive zu eröffnen und damit jedem die Chance zu geben, sich mit der demokratischen Gemeinschaft zu identifizieren. Dies gilt insbesondere für jene junge Menschen, denen ein Einstieg ins Erwerbsleben verwehrt ist, weil ihnen Ausbildungsplätze vorenthalten werden.

Werteerziehung im Sinne des Grundgesetzes gelingt nur, wenn die Grundrechte im Alltag unserer Gesellschaft, insbesondere in unseren Bildungseinrichtungen konkret erfahrbar werden. Deshalb muss die SPD dafür eintreten, dass vor allem das Leben in unseren Schulen und Hochschulen durch die Prinzipien der Partizipation und der Eigenverantwortung geprägt sind. Hier bedarf es gleichzeitig einer politischen Bildung, die sich an den Werten der Aufklärung und des Grundgesetzes orientiert, in der Deutungen und Bedeutungen nicht von religiösen oder staatlichen Autoritäten vorgegeben, sondern unter den betroffenen Individuen ausgehandelt werden.

Nur durch die Fähigkeit zur Verständigung mit anderen, der Fähigkeit zur vorurteilsfreien Klärung von Sachverhalten und der Bereitschaft zum solidarischen Handeln können die Bürgerinnen und Bürgern jene Orientierung und Urteilssicherheit gewinnen, die für den Bestand einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung unerlässlich sind.